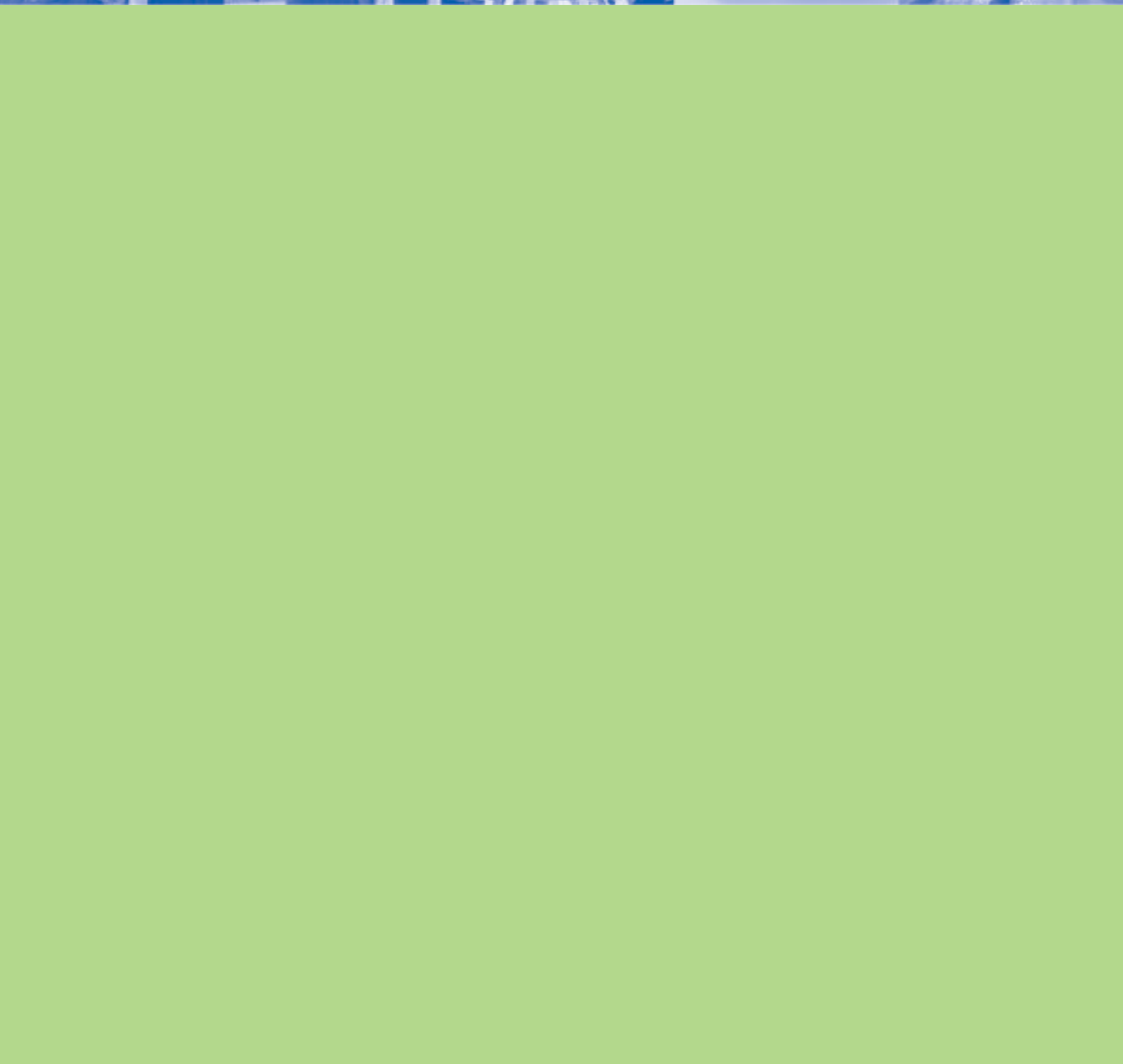


# politfocus umweltpolitik



# Inhalt

<b>Rubrik</b>	<b>Thema</b>	<b>Seite</b>	
<b>Editorial</b>	NAF wird angenommen .....	2	
<b>Bundesrat und Bundesverwaltung</b>	Energie.....	3	
	Internationale Politik .....	4	
	Klima.....	4	
	Landwirtschaft .....	5	
	Nachhaltige Entwicklung.....	7	
	Nationale Politik.....	7	
	Raumplanung.....	8	
	Tier- und Artenschutz .....	9	
	Verkehr.....	9	
	<b>Parlament</b>	> Nationalrat (Vorschau Frühjahrsession 27.02. - 17.03.2017).....	12
		> Ständerat (Vorschau Frühjahrsession 27.02. - 17.03.2017).....	19
<b>Verbände und NGOs</b>	VCS: Agglomerationspro-gramme sind grosszügig auszugestalten .....	24	
	SES: Unbefriedigende KELS-Vorlage vom Tisch .....	24	
	Alpen-Initiative: Keine Spielchen mit dem Nachtfahrverbot.....	24	
	VCS: Velo-Initiative: Der Bundesrat will nur ein bisschen mehr Velo.....	24	
	WWF: JA zur Energiestrategie heisst: Geld bleibt hier.....	25	
	Greenpeace: Studie zu Neonicotinoid-Pestiziden: Risiko für Wildbienen und andere Tiere grösser als angenommen .....	25	
	BirdLife: Bilanz 2016: Der Natur geht es in der Schweiz besonders schlecht. ....	25	
<b>Impressum</b>	.....	26	

## NAF wird angenommen



**Rahel Loretan**

Das Schweizer Stimmvolk hat den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) am 12. Februar 2017 mit 61,9 Prozent der Stimmen angenommen. Der NAF schafft die Anschlusslösung an den heutigen, befristeten Infrastrukturfonds. Der Bundesrat wollte damit das politische Versprechen einlösen, ein Gegenstück zum 2014 angenommenen Bahninfrastruktur-Fonds zu schaffen. Mit dem NAF stehen jährlich rund CHF 3 Milliarden zur Verfügung. Sie sollen einerseits für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, den Betrieb und Unterhalt von Nationalstrassen und für die Engpassbeseitigung verwendet werden. Zudem leistet der Bund seine Unterstützung für Projekte für den Agglomerationsverkehr neu aus dem Fonds. Profitieren solle nicht nur der Autoverkehr, sondern auch öffentliche Verkehrsmittel sowie Velofahrer und Fussgänger. Der NAF wird in der Verfassung verankert und soll 2018 in Kraft treten.

Eine Einnahmequelle des NAF ist der Mineralölsteuerzuschlag, der von heute 30 auf 34 Rappen pro Liter Benzin erhöht wird. Das bringt zusätzliche CHF 200 Millionen pro Jahr. Gemäss Bundesrätin Leuthard werde dies nicht auf Vorrat getan, sondern dann, wenn der Fonds auf unter CHF 500 Millionen falle. Auch die Einnahmen aus der Autobahnvignette und die ab 2020 geplante neue Abgabe für Elektrofahrzeuge fliessen in den Fonds. Neu dazu kommt eine Importsteuer auf Autos. Je nach Infrastruktur ist laut Bundesrat in der Zukunft eine weitere Benzinpreis-Erhöhung notwendig. Derzeit sinken die Einnahmen, weil die Autos immer weniger Treibstoff verbrauchen und damit weniger Steuereinnahmen fliessen. Auf der anderen Seite nimmt der Verkehr zu, was den Unterhalt teurer mache. Der Bundesrat hatte anfänglich eine Erhöhung des Benzinpreises um 15 Rappen pro Liter vorgeschlagen. Nach der Vernehmlassung und den Debatten im Parlament waren es dann noch 4 Rappen. Daraufhin haben SP und Grüne die Nein-Parole gefasst. Sie machten geltend, dass Autofahrerinnen und Autofahrer im Verhältnis zum Bund dem NAF relativ wenig Geld abliefern müssten.

Der Touring Club Schweiz (TCS), der Schweizerische Nutzfahrzeugverband ASTAG und die Auto-Verbände nahmen das Resultat der Abstimmung mit Genugtuung zur Kenntnis. Der klare Entscheid sei eine unmissverständliche Aufforderung an Politik und Behörden, die Strasseninfrastruktur in sämtlichen Landesteilen so rasch als möglich bedarfsgerecht auszubauen. Auch der Städteverband zeigte sich erfreut. Damit sei der Weg frei für dringend nötige Investitionen im Stadt- und Agglomerationsverkehr.

Linke und Umweltorganisationen sehen die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens erschwert. Sie warnen vor Einsparungen in anderen Bereichen, etwa bei der Bildung oder im Sozialen. Immerhin werden diese nur halb so gross sein als dies bei der im Juni 2016 abgelehnten Milchkuh-Initiative der Fall gewesen wäre.

## Bundesrat und Bundesverwaltung

### **Energie-Vorbild Bund: Bericht zeigt grosses Potenzial für erneuerbare Energienutzung**

#### **Energie**

88 Prozent des Stroms und 40 Prozent der Wärmeenergie, den die zivile Bundesverwaltung, das VBS, der Bereich der ETH sowie die bundesnahen Unternehmen Post, SBB, Skyguide und Swisscom verbrauchen, stammen aus erneuerbaren Quellen. 10 Prozent des Stroms und 70 Prozent der Wärme werden selbst produziert. Dass ein noch viel höheres Potenzial vorhanden wäre, zeigt der Bericht «Konsolidierte Potenzialanalyse erneuerbare Energien und Abwärmenutzung» von Energie-Vorbild Bund, der vom Bundesrat am 21. Dezember 2016 zur Kenntnis genommen wurde.

☞ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie (BFE), Leiterin Medien und Politik, T 058 462 56 75

### **Das Gebäudeprogramm startet neu organisiert ins neue Jahr**

Ab 2017 wird das Gebäudeprogramm von Bund und Kantonen neu organisiert. Seit sieben Jahren fördert es energetische Sanierungen in einem nationalen Teil und in einem kantonalen Teil den Einsatz erneuerbarer Energien, die Abwärmenutzung und die Optimierung der Gebäudetechnik. Die Änderungen betreffen die Zuständigkeiten, die Durchführung und die Finanzierung des Programms. Neu sind die Kantone vollumfänglich zuständig und können so ihre Förderangebote noch gezielter auf ihre Region ausrichten. Die Finanzierung erfolgt wie bis anhin über Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe, die der Bund den Kantonen neu ausschliesslich in Form von Globalbeiträgen ausbezahlt, sowie aus kantonalen Fördermitteln.

☞ Gabriella Zinke, Bundesamt für Energie (BFE), Gebäudeprogramm, T 058 462 92 86

### **Jetzt brillante Energie- projekte für den Watt d'Or 2018 einreichen**

Für den Watt d'Or 2018 sucht das Bundesamt für Energie innovative und zukunftsweisende Energie-Initiativen, Technologien, Produkte, Geräte, Anlagen, Dienstleistungen, Strategien, Gebäude oder energieeffiziente Raumkonzepte. Die Bewerbungen werden in vier Kategorien entgegengenommen: Energietechnologien, Erneuerbare Energien, Energieeffiziente Mobilität, Gebäude und Raum. Vorschläge können bis Ende Juli 2017 eingereicht werden.

☞ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie (BFE), Leiterin Medien und Politik, T 058 462 56 75

### **Sommerwärme für die Wintersaison**

Eine beträchtliche Menge fossiler Energie liesse sich einsparen, wenn wir Wärme aus sonnigen Sommertagen bis ins Winterhalbjahr speichern und dann wieder abrufen könnten. Nach mehreren Jahren Forschung gibt es seit Herbst 2016 an der EMPA eine Anlage im Labormassstab, die zuverlässig thermische Solarenergie bis in den Winter langfristig speichern kann.

☞ Benjamin Fumey, Materialprüfungs- und Forschungsinstitut (EMPA), Urban Energy Systems, T 058 765 4784

## **Bundesrat eröffnet Vernehmlassung zu den Verordnungsrevisionen zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050**

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 1. Februar 2017 die Vernehmlassung zu den Verordnungsrevisionen zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 eröffnet. Damit werden die Verordnungen an die vom Parlament im September verabschiedeten Gesetzesänderungen, insbesondere an das totalrevidierte Energiegesetz, angepasst. Diese sollen am 1. Januar 2018 in Kraft treten. Gegen das erste Massnahmenpaket ist das Referendum zustande gekommen, die Abstimmung wird am 21. Mai 2017 stattfinden. Um eine Inkraftsetzung der Gesetzes- und Verordnungsänderungen auf den 1. Januar 2018 zu ermöglichen, muss das Vernehmlassungsverfahren bereits vor dieser Abstimmung durchgeführt werden. Im Falle einer Annahme des Referendums bliebe alles wie bisher und die angelaufenen Arbeiten würden eingestellt. Die Verordnungen enthalten unter anderem die neuen Ausführungsbestimmungen zu den Einmalvergütungen und Einspeisevergütungen, zur Direktvermarktungspflicht und zum Eigenverbrauch von selbst produziertem Strom, zu den Investitionsbeiträgen und zur Marktprämie für die Grosswasserkraft sowie zu den CO<sub>2</sub>-Zielwerten für neue Personenwagen und leichte Sattelschlepper. Die Vernehmlassung dauert bis zum 8. Mai 2017.

☞ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie (BFE), Leiterin Medien und Politik, T 058 462 56 75

## **Die Schweiz und Québec verstärken Zusammenarbeit im Energiebereich und Klimaschutz**

### **Internationale Politik**

Am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos haben die Schweizer Bundespräsidentin Doris Leuthard und Philippe Couillard, Premierminister der kanadischen Provinz Québec, ein Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet mit dem Ziel, die Zusammenarbeit im Energiebereich und Klimaschutz zu verstärken. Dabei soll ein Fokus auf folgende Themen gelegt werden:

- Energieeffizienz im Gebäudebereich und in der Industrie
- Reduktion klimaschädlicher Emissionen im Verkehr
- Erneuerbare Energien, insbesondere Wasserkraft
- Stromnetze und Energiespeicherung
- Systeme für den Handel von Emissions-Zertifikaten

☞ Brigitte Hauser-Süess, Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), T 058 461 44 24

## **Ratifikation des Klimaabkommens von Paris: Bundesrat genehmigt Botschaft**

### **Klima**

Der Bundesrat schlägt vor, dass die Schweiz das Pariser Klimaabkommen ratifiziert, welches die internationale Klimapolitik nach 2020 festlegt. Er hat am 21. Dezember 2016 die Botschaft an das Parlament genehmigt. Das Abkommen schafft einen Rahmen, der rechtlich verbindlich, regelbasiert (die Regeln sollen in den kommenden Jahren ergänzt werden) und dynamisch ist (die Reduktionsziele werden auf nationaler Ebene definiert und müssen für jedes Land so ambitioniert wie möglich sein). Somit wird eine kontinuierliche Verstärkung der von den Staaten im Kampf gegen die Klimaerwärmung unternom-

### **CO<sub>2</sub>-Emissionsvorschriften für neue Personenwagen – Bericht über die Auswirkungen 2012–2015**

menen Anstrengungen ermöglicht. Ziel des Abkommens ist, den durchschnittlichen weltweiten Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen und weiterhin alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Erwärmung 1,5 °C nicht übersteigt.

☞ Franz Perrez, Bundesamt für Umwelt (BAFU), Chef der Abteilung Internationales, M 079 251 90 15

Seit dem 1. Juli 2012 gelten in der Schweiz - analog zur EU - CO<sub>2</sub>-Emissionsvorschriften für neue Personenwagen. Sie verpflichten die Schweizer Auto-Importeure, die Emissionen von neuen Personenwagen bis Ende 2015 auf 130 g CO<sub>2</sub>/km zu senken. Dies entspricht einem Durchschnittsverbrauch von ca. 5.6 Liter Benzin pro 100 km. Das Ziel von 130 g CO<sub>2</sub>/km wurde 2015 zwar um rund 5 Gramm verfehlt, trotzdem konnten die meisten Importeure ihre spezifischen Zielvorgaben erreichen. Dies geschah aufgrund der verschiedenen Vollzugsmodalitäten wie der gewichtsabhängigen Berechnung der Zielvorgabe und Spezialzielwerten für einzelne Marken. Die Sanktionszahlen fielen entsprechend tief aus: jährlich im ein- bis tiefen zweistelligen Millionenbereich.

☞ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie (BFE), Leiterin Medien und Politik, T 058 462 56 75

### **Hitzesommer 2015: Gut bewältigt, Verbesserungspotenzial erkannt**

Hitze und Trockenheit im Sommer 2015 haben sich teilweise stark auf die Schweiz ausgewirkt, konnten im Vergleich zu 2003 aber dank den seither eingeleiteten Massnahmen besser bewältigt werden. Besonders stark betroffen waren Menschen in den Städten, aber auch die Landwirtschaft hatte aufgrund der Wasserknappheit Probleme. Auswirkungen gab es auch auf Wald, Biodiversität, Luftqualität und Stromproduktion. Zudem schmolzen die Gletscher ausserordentlich stark. Der veröffentlichte Bericht des Bundes «Sommer 2015: Hitze, Trockenheit und Auswirkungen auf Mensch und Umwelt» analysiert die Ereignisse, zeigt Auswirkungen auf und zieht Lehren für die Zukunft. Aufgrund des Klimawandels werden künftig mehr Hitzewellen erwartet. Deshalb brauche es zusätzliche Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Alle Anpassungsmassnahmen seien letztlich nur Symptombekämpfung. Der wichtigste Hebel im Kampf gegen die Zunahme von Hitze und Trockenheit sei die Reduktion des Treibhausgasausstosses, so der Bericht des Bundes.

☞ Roland Hohmann, BAFU, Leiter Sektion Klimareporting und Adaptation, T 058 465 58 83

### **Landwirtschaft braucht keine neuen staatlichen Instrumente für das Risikomanagement**

#### **Landwirtschaft**

Das Risikomanagement der Schweizer Landwirtschaft ist ausreichend. Es braucht unter den aktuellen Rahmenbedingungen keine neuen staatlichen Instrumente, da in der Schweiz eine breite Palette privater und staatlicher Instrumente zur Vorbeugung, Bewältigung und Regeneration von Schäden zur Verfügung stehen. Zu diesem Schluss kommt der am 21. Dezember 2016 vom

Bundesrat gutgeheissene Bericht zu zwei Postulaten Bourgeois' über die Risikoabsicherung in der Landwirtschaft. Eine Anpassung des bestehenden agrarpolitischen Instrumentariums müsste erst überprüft werden, wenn offenere Märkte oder der Klimawandel zu starken Marktschwankungen führen.

➔ Jürg Jordi, Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), Leiter Fachbereich Kommunikation und Sprachdienste, T 058 462 81 28

### **Smart Farming ermöglicht effizientere Nutzung der Ressourcen**

Um landwirtschaftliche Produktionssysteme in Richtung Nachhaltigkeit zu entwickeln, stehen vermehrt Smart Farming-Systeme (sensorgesteuerte, automatisierte Verfahren) zur Verfügung. Diese bieten Potenziale für effiziente, emissionsmindernde und ressourcenschonende Produktionsweisen, wie die Agroscope-Nachhaltigkeitstagung vom 19. Januar 2017 gezeigt hat.

➔ Thomas Anken, Agroscope, Leiter Forschungsgruppe Agrartechnische Systeme und Mechatronik, T 058 480 33 52

### **Lebensmittelindustrie: Weniger Food Waste dank innovativer Technik**

Erstmals werden in der Schweiz die Lebensmittelabfälle, der so genannte Food Waste, systematisch ermittelt. Dabei werden alle Nahrungsmittelverluste von der Produktion über die Verarbeitung bis hin zur Entsorgung geprüft. Nach Studien über Food Waste in der Gastronomie und bei den Grossverteilern beleuchtet die neueste Untersuchung des Bundesamts für Umwelt (BAFU) nun die Verluste in der Lebensmittelindustrie. In diesem Bereich könnten durch geeignete Massnahmen über 300'000 Tonnen Food Waste verhindert werden.

➔ Petar Mandaliev, Bundesamt für Umwelt, Abteilung Abfall und Rohstoffe, T 058 462 96 38

### **Vernehmlassung zum landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2017 ist eröffnet**

Im Verordnungspaket 2017 werden Änderungsentwürfe zu 16 Bundesrats-, zwei WBF- (Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung) und einer BLW (Bundesamts für Landwirtschaft) -Verordnung zur Diskussion gestellt. Änderungsvorschläge gibt es unter anderem zur Direktzahlungs-, Strukturverbesserungs- und Absatzförderungsverordnung. Die neuen Bestimmungen treten mehrheitlich am 1. Januar 2018 in Kraft. Die Vernehmlassung dauert bis zum 12. Mai 2017. Die Unterlagen und detaillierte Veränderungsentwürfe können von der Homepage des BLW heruntergeladen werden.

➔ Jürg Jordi, Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), Leiter Fachbereich Kommunikation und Sprachdienste, T 058 462 81 28

### **Preisausgleich für landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse: Anpassung der Referenzpreise**

Der Gemischte Ausschuss des Freihandelsabkommens Schweiz-EU von 1972 beschloss am 8. Februar 2017, die im Protokoll Nr. 2 des Freihandelsabkommens über bestimmte landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse festgelegten Referenzpreise auf den 1. März 2017 anzupassen. Auf das gleiche Datum werden auch die Referenzpreise für den Handel mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen mit Drittländern angepasst.

➔ Gabriel Spaeti, Leiter Ressort Internationaler Warenverkehr, SECO, T 058 465 15 36

**Schweizer wird Ko-Leiter einer Expertengruppe, die den ersten Weltbericht zur nachhaltigen Entwicklung verfasst**

**Nachhaltige Entwicklung**

Die Schweiz begrüsst die Ernennung von Peter Messerli, Direktor des Interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) der Universität Bern, zum Ko-Vorsitzenden einer Expertengruppe, die den ersten Weltbericht zur nachhaltigen Entwicklung der Agenda 2030, die 2015 von der UNO verabschiedet wurde, erstellt. Seine Kandidatur als unabhängiger Experte wurde von der Schweiz unterstützt.

➔ Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Information, T 058 462 31 53

**UNO-Weltdatenforum: Schweiz unterstützt Lancierung des Aktionsplans zur Rolle der Statistik für nachhaltige Entwicklung**

Vom 15. bis 18. Januar 2017 fand in Kapstadt das erste UNO-Weltdatenforum statt. Hauptthema war die Rolle von öffentlicher Statistik und Daten für die Umsetzung und das Monitoring der Sustainable Development Goals (SDGs). Zum Abschluss wurde ein globaler Aktionsplan (Cape Town Global Action Plan for Sustainable Development Data) präsentiert, welcher sechs Bereiche umfasst (u.a. die Modernisierung der Statistiksysteme oder der Aufbau von Partnerschaften), in denen bis 2030 substanzielle Fortschritte erzielt werden sollen. Der Aktionsplan soll im März 2017 offiziell von der UNO-Statistikkommission verabschiedet werden.

➔ Bundesamt für Statistik (BFS), Medienstelle T 058 463 60 13

**Bund fördert Projekte zur nachhaltigen Ernährung**

Der Bund unterstützt dieses Jahr im Rahmen des Förderprogramms Nachhaltige Entwicklung zwanzig Projekte. Einen Schwerpunkt bildet dabei die nachhaltige Ernährung. Das Förderprogramm zielt darauf ab, Projekte zu unterstützen, die auf lokaler Ebene zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. 2016 reichten Vereine, Stiftungen, aber auch Gemeinden und Kantone aus allen Landesteilen insgesamt fünfzig Projekte ein, wovon zwanzig Projekte mit rund CHF 340 000 unterstützt werden. Die Unterstützung fügt sich in die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundesrats ein und trägt zur Umsetzung der Agenda 2030 der UNO bei.

➔ Anne DuPasquier, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Sektion Nachhaltige Entwicklung, stv. Sektionschefin, T 058 465 06 25

**Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» ab**

**Nationale Politik**

Die Wirtschaft muss die Menschenrechte respektieren und die Umwelt schützen. Der Bundesrat anerkennt damit im Kern die Anliegen der Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Konzernverantwortungsinitiative). Die Forderungen der Initianten gehen ihm jedoch insbesondere im Bereich der Haftungsregelung zu weit. Einerseits, weil die Initiative nebst der Berichterstattungspflicht eine ausdrückliche Sorgfaltsprüfungspflicht enthält, die sich auch auf kontrollierte Unternehmen im Ausland sowie auf sämtliche Geschäftsbeziehungen der Unternehmen erstreckt. Andererseits, weil die geforderten Haftungsregeln strenger sind als in allen anderen Rechtsordnungen, und somit den Wirtschaftsstandort Schweiz



gefährden würden. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, dem Parlament die Konzernverantwortungsinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Er begründet seinen Entscheid weiter mit beschlossenen Aktionsplänen in den Bereichen Wirtschaft und Menschenrechte sowie Wirtschaft und Umwelt. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) wird dem Bundesrat bis Mitte August 2017 einen Botschaftsentwurf unterbreiten.

☞ Adrian Tagmann, Bundesamt für Justiz (BJ), T 058 463 77 57

**Energiegesetz (EnG):  
Referendum zustande  
gekommen**

Das Referendum gegen das Energiegesetz (EnG) vom 30. September 2016 ist zustande gekommen. Am 19. Januar 2017 haben die Referendumskomitees 68'755 Unterschriften eingereicht. Die Überprüfung durch die Bundeskanzlei hat ergeben, dass davon 68'390 Unterschriften gültig sind. Gemäss Entscheid des Bundesrates vom 11. Januar 2017 wird die Vorlage somit am 21. Mai 2017 zur Abstimmung gelangen.

☞ René Lenzin, Bundeskanzlei, T 058 462 54 93

**2016 mehr Mängel bei  
Kontrolle der Deklarations-  
pflicht für Holz und  
Holzprodukte festgestellt**

Bei der Kontrolle der Deklarationspflicht für Holz und Holzprodukte hat das Eidgenössische Büro für Konsumentenfragen (BFK) 2016 mehr Mängel festgestellt. Grund dafür ist der geänderte Kontrollfokus auf Unternehmen mit erhöhtem Risiko für inkorrekte Deklaration. Das BFK kontrollierte kleinere Unternehmen, noch nie überprüfte Filialen grösserer Firmen, Unternehmen mit deklarationspflichtigen Holzprodukten im Nebensortiment, neue Anbieter sowie Versand- und Onlinehändler. Die betroffenen Unternehmen wurden aufgefordert, geeignete Massnahmen innerhalb einer gesetzten Frist zur Erfüllung der Deklaration zu treffen. Sie kamen den Forderungen des BFK ausser in einem Fall nach. Die 2012 in Kraft gesetzte Verordnung über die Deklaration von Holz und Holzprodukten, welche auf einer angenommenen Motion des Parlaments basiert, verlangt, dass Holzart und Holzherkunft bei der Abgabe von Holz und Holzprodukten an die Konsumenten deklariert werden müssen.

☞ Jean-Marc Vögele, Büro für Konsumentenfragen, T 058 462 20 21

**Bund, Kantone, Städte und  
Gemeinden dehnen  
Zusammenarbeit auf  
ländliche Räume aus**

**Raumplanung**

Herausforderungen wie der internationale Wettbewerb, der demographische Wandel, der Nutzungsdruck auf die Landschaft und die Erhaltung der Lebensqualität nehmen sowohl in urbanen als auch in ländlichen Räumen zu. Um der engen Verflechtung von städtischen und ländlichen Räumen besser Rechnung zu tragen, wird die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden im Rahmen der bisherigen Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) künftig auf die ländlichen Räume ausgedehnt und in die Tripartite Konferenz (TK) überführt. Um eine kohärentere Raumentwicklung der Schweiz zu ermöglichen, setzt sich die TK zum Ziel, eine gemeinsame Politik für die Agglomerationen sowie die ländlichen Räume und Berggebiete zu entwickeln.

☞ Martin Vinzens, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Chef Sektion Siedlung und Landschaft, T 058 462 52 19

**Radiumkontamination:  
Sanierungsarbeiten  
kommen voran**

Am 21. Dezember 2016 hat der Bundesrat einen Zwischenbericht zu den Sanierungsarbeiten bei radiumkontaminierten Gebäuden zur Kenntnis genommen. Inzwischen ist die Sanierung von 22 Gebäuden und Gärten der 200 untersuchten Objekte abgeschlossen. 40 wiesen eine Kontamination auf. Mit dem Aktionsplan Radium 2015-19 soll das Problem der radiologischen Altlasten gelöst werden, die durch die Verwendung von Radium-Leuchtfarbe in der Uhrenindustrie bis in die 1960er-Jahre vorwiegend im Jurabogen bestehen.

☞ Bundesamt für Gesundheit (BAG), Kommunikation, T 058 462 95 05

**ISOS zum Kanton Zürich**

Das Bundesamt für Kultur veröffentlicht drei neue Bände in der Sammlung des «Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder von nationaler Bedeutung der Schweiz ISOS». Die Werke behandeln die Ortsbilder in den Zürcher Regionen «Weinland», «Winterthur und Umgebung» sowie die «Stadt Zürich».

☞ Oliver Martin, Bundesamt für Kultur (BAK), Leiter Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege, T 058 462 44 48

**Bundesrat lehnt Zersiedelungsinitiative ab**

Der Bundesrat hat sich am 25. Januar 2017 mit der Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» befasst. Sie fordert unter anderem, dass neue Bauzonen durch Auszonungen kompensiert werden. Der Bundesrat vertritt die Auffassung, dass das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG) sowie die beabsichtigte zweite Etappe der RPG-Teilrevision der Zersiedelung bereits ausreichend entgegen wirken. Deshalb beschloss er, die Volksinitiative dem Parlament ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

☞ Maria Lezzi, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Direktorin, T 058 464 25 97

**Vogelgrippe: Schweiz verlängert Schutzmassnahmen**

**Tier- und Artenschutz**

Aufgrund der besorgniserregenden Lage in Europa verlängert das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) die Schutzmassnahmen gegen die Vogelgrippe bis zum 31. März 2017. Zum Schutz des Hausgeflügels muss weiterhin jeder Kontakt mit Wildvögeln vermieden werden, obwohl bis heute in der Schweiz keine Ansteckung bei Hausgeflügel festgestellt wurde. Die Freilandhaltung von Geflügel, Wasser- und Laufvögeln bleibt damit weiterhin stark eingeschränkt. Geflügelmärkte, Ausstellungen mit Geflügel oder ähnliche Anlässe bleiben verboten.

☞ Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), Medienstelle, T 058 463 78 98

**Finanztechnische Anpassung von Krediten für den Bahnausbau**

**Verkehr**

Der Bundesrat hat am 21. Dezember 2016 die Verpflichtungskredite für die Eisenbahn-Grossprojekte der NEAT, den Anschluss an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz (HGV) und die Lärmsanierung um die aufgelaufene Teuerung (total CHF 608 Millionen) und Mehrwertsteuer (total CHF 149 Millionen) erhöht. Zudem hat er eine Verpflichtungskredit-Tranche (von CHF 360

**Automatisierung und Digitalisierung werden Verkehr markant verändern**

Millionen) für die Gotthardachse der NEAT freigegeben und Verschiebungen aus der HGV-Reserve vorgenommen. Die Endkosten der Grossprojekte erhöhen sich nicht. Alle Kredite werden über den Bahninfrastrukturfonds gedeckt.

☞ Bundesamt für Verkehr (BAV), T 058 462 36 43

Automatisierte Fahrzeuge, die Vernetzung der Fahrzeuge untereinander sowie deren Verknüpfung mit weiteren Möglichkeiten der digitalen Welt bieten für das Schweizer Verkehrssystem interessante Perspektiven. Die Grenzen zwischen öffentlichem und individuellem Verkehr werden (bspw. durch Sammel-taxis und Car-Sharing-Modelle) zunehmend verwischen. Das geht aus einem Bericht des Bundesamts für Strassen hervor, den der Bundesrat am 21. Dezember 2016 verabschiedet hat. Er präsentiert eine Auslegeordnung zur vernetzten Mobilität und erläutert die Aktivitäten des Bundes in diesem Bereich.

☞ Bundesamt für Strassen (ASTRA), Mediendienst, T 058 464 14 91

**co2tieferlegen macht energieeffiziente Fahrzeuge am Auto-Salon Genf sichtbar**

co2tieferlegen ist eine nationale Aktion von EnergieSchweiz zur Promotion von energieeffizienten Fahrzeugen mit einem maximalen CO<sub>2</sub>-Ausstoss von 95g/km und der Energieeffizienzklasse A. Das Projekt macht auch am Auto-Salon in Genf energieeffiziente Fahrzeuge sichtbar.

☞ Thomas Weiss, Bundesamt für Energie, Projektleiter, T 058 463 29 05

**Aussprache zum Bahnausbau schritt 2030/35**

Die Bahn weist heute punktuell grosse Engpässe auf. Da die Mobilität gemäss den aktualisierten Verkehrsprognosen des Bundes bis 2040 stark zunehmen wird, ist ein weiterer Ausbau der Bahninfrastruktur nötig. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 25. Januar 2017 eine Aussprache zur Stossrichtung des Ausbaus schritt 2030/35 geführt und dem UVEK bestätigt, für die Planung zwei Varianten weiterzuerfolgen. Die Variante 1 (Finanzrahmen von CHF 7 Milliarden und Realisierung bis 2030) entschärft die grössten absehbaren Engpässe im Personenverkehr und bringt punktuelle Qualitätsverbesserungen für den Güterverkehr. Die Variante 2 (Finanzrahmen von CHF 12 Milliarden und Realisierung bis 2035) erlaubt es, zusätzlich weitere dringliche Ausbauten vorzunehmen. Entscheide über die konkreten Projekte wird der Bundesrat mit der Vernehmlassungseröffnung Ende 2017 fällen.

☞ Bundesamt für Verkehr (BAV), Informationen, T 058 462 36 43

**Bundesrat beschliesst weiteres Vorgehen beim Gegenentwurf zur «Velo-Initiative»**

Der Bundesrat hat am 25. Januar 2017 vom Vernehmlassungsergebnis zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)» Kenntnis genommen. Die Rückmeldungen bestätigen die Stossrichtung des Vernehmlassungsentwurfs, zeigen aber auch, dass dieser vereinfacht werden und sich enger an der heutigen Verfassungsbestimmung über die Fuss- und Wanderwege ausrichten soll. Der Bundesrat hat das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Botschaft beauftragt.

☞ Bundesamt für Strassen (ASTRA), Mediendienst, T 058 464 14 91

### **Strassenfahrzeugstatistik: Der Fahrzeugbestand nahm 2016 weiter zu**

Knapp 415'000 motorisierte Strassenfahrzeuge wurden 2016 in der Schweiz neu in Verkehr gesetzt. Das sind fast 3 Prozent weniger als im Vorjahr. Dennoch nahm der Motorfahrzeugbestand gegenüber 2015 um 94'900 Einheiten zu (+1,6%) und erreichte damit beinahe die Schwelle von sechs Millionen. Nahezu drei Viertel des Bestands sind Personenwagen. Dies geht aus der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Strassenfahrzeugstatistik hervor.

☞ Daniel Bohnenblust, Bundesamt für Statistik (BFS), T 058 463 66 25

### **BAV teilt erstmals Fahr- rechte für Personen- und Güterzüge nach neuem System zu**

Mit Netznutzungskonzept und -plan haben Bundesrat und Parlament neue Instrumente zur Stärkung des Schienengüterverkehrs geschaffen. Diese stellen sicher, dass der Güterverkehr nicht wegen Angebotsausbauten im Personenverkehr zurückstehen muss und dass die vom Volk beschlossene Verlagerungspolitik gestärkt wird. Nachdem die neuen Bestimmungen Anfang 2017 in Kraft traten, hat das Bundesamt für Verkehr die Instrumente erstmals angewendet und einen Netznutzungsplan für 2018 genehmigt. Damit können für 2018 die benötigten Trassen sowohl für den Personenverkehr als auch für den Schienengüterverkehr verbindlich gesichert werden. Für einvernehmliche Lösungen bei der Trassenzuteilung ist die Trassenvergabestelle Trasse Schweiz zuständig.

☞ Bundesamt für Verkehr, Medienstelle, T 058 462 36 43

### **SIL-Prozess für den Flug- platz Dübendorf gestartet**

Mit den Bundesratsbeschlüssen von 2014 und 2016 wurde festgelegt, dass der Militärflugplatz Dübendorf künftig auch als ziviles Flugfeld genutzt werden soll. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) hat nun den Auftrag, dem Bundesrat ein Objektblatt zum Flugfeld Dübendorf vorzulegen. Der Koordinationsprozess hat mit einem ersten Gespräch zwischen Bund, Kanton, Gemeinden und der Flugplatz Dübendorf AG begonnen. Weitere Gespräche mit den Beteiligten sind vorgesehen. Das BAZL wird die Ergebnisse in einem Schlussbericht festhalten. Darauf aufbauend wird ein Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL)-Objektblatt erarbeitet, das die Grundlage für das künftige Betriebsreglement und die Plangenehmigung der Infrastruktur bildet. Der Entwurf für das Objektblatt wird für ein öffentliches Anhörungs- und Mitwirkungsverfahren aufgelegt.

☞ BAZL, Medienstelle, T 058 464 23 35

### **Anpassung bei der Strom- preisberechnung im Eisen- bahnverkehr**

Die Infrastrukturbetreiberinnen haben unter Vermittlung der Schiedskommission im Eisenbahnverkehr (SKE) den Strompreis für Ferngüterzüge ab dem Jahresfahrplan 2017 gesenkt. Die SKE hat eine entsprechende Verfügung erlassen. Damit genehmigt sie die Bemühungen der Branche um eine gesetzeskonforme Festlegung des Strompreises. Ab Jahresfahrplan 2017 wird nun für die Zugkategorie Ferngüterzug der pauschale Energietarif von bisher 22,6 auf neu 16,8 kWh pro Bruttotonnen Kilometer gesenkt. Die Preise und Berechnungsgrundlagen sind in der Netzzugangsverordnung und im Leistungskatalog der Infrastrukturbetreiberinnen publiziert. Unter die Zugkategorie Ferngüterzug fällt mit Ausnahme des Traktorgüterzugs der gesamte Güterverkehr.

☞ Patrizia Danioth Halter, Schiedskommission im Eisenbahnverkehr (SKE), Präsidentin, T 058 463 24 60

## Parlament

### Vorschau Frühjahrsession 27.02. - 17.03.2017

#### Nationalrat

##### Bundesratsgeschäfte

#### **Klimaübereinkommen von Paris. Genehmigung (16.083)**

Mit dem Bundesbeschluss sollen die Voraussetzungen für die Ratifikation des Klimaübereinkommens von Paris geschaffen werden. Für dessen Umsetzung ist eine Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes nötig, die dem Parlament in einer separaten Botschaft unterbreitet wird. Mit dem Übereinkommen hat die Staatengemeinschaft ein rechtlich verbindliches, regelbasiertes und dynamisches Regime für die Zeit ab 2020 geschaffen. Mit der Ratifikation dieses Übereinkommens würde die Schweiz ihr internationales Engagement in der weltweiten Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels gemäss dem Bundesrat fortsetzen. Die Umweltkommission hat mit 15 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden, den Bundesrat zu ermächtigen, das Übereinkommen von Paris zum Klimaschutz nach 2020 zu ratifizieren. Dabei beschloss sie mit 13 zu 12 Stimmen, das Reduktionsziel der Schweiz, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken, definitiv zu übermitteln. Der Beitritt der Schweiz mit einem ambitionierten Ziel sei ein wichtiges Zeichen für den Klimaschutz, so die Kommissionsmehrheit. Es müsse jetzt gehandelt werden, um grössere Schäden oder schwere Konflikte möglichst zu vermeiden. Eine Minderheit beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Das Übereinkommen sei unnötig, die Schweiz könne auch sonst Massnahmen zum Klimaschutz ergreifen. Andere Minderheiten möchten das Übereinkommen ratifizieren, aber mit einem Reduktionsziel der Schweiz von 40 respektive 60 Prozent.

⌚ Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 2. März 2017 als Erstrat.

#### **Klima- und Energielenkungssystem (15.072)**

Die Vorlage des Bundesrates zum Verfassungsartikel über ein Klima- und Energielenkungssystem (KELS) stellt die zweite Etappe in der Energiestrategie 2050 dar und soll den Übergang von einem Förder- zu einem Lenkungssystem regeln. Mit der vorgeschlagenen Verankerung in der Verfassung will der Bundesrat diesen Richtungsentscheid demokratisch legitimieren. Die konkrete Ausgestaltung soll im Rahmen der Klima- und der Energiegesetzgebung folgen. Nach ausführlichen Beratungen zur Vorlage während einem Jahr beschloss die Umweltkommission am 30. Januar 2017 einstimmig (bei 1 Enthaltung), nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Mehrheit bestreitet zwar keineswegs den Nutzen von Lenkungssystemen, beurteilt aber die Instrumente der Klima- und Energielenkung, wie sie der Bundesrat vorschlägt, als unzureichend, zu wenig differenziert und im aktuellen Marktumfeld wirkungslos. Mit Blick auf die Schwierigkeiten der Schweizer Stromproduzenten im gegenwärtigen Marktumfeld ist sich

**Für Ernährungssicherheit.  
Volksinitiative. (15.050)**

die Kommission einig, dass rasch tragfähige Lösungen gefunden werden müssten. Die Kommission wird sich in ihrer Arbeit umgehend mit der Frage nach dem geeigneten Modell für den Strommarkt beschäftigen. In einem Mitbericht an die Kommission beantragte die Finanzkommission einstimmig bei 1 Enthaltung, ebenfalls nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Mehrheit führte finanz- und wirtschaftspolitische Gründe für den Antrag auf Nichteintreten an.

⌚ Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 8. März 2017 als Erstrat.

Die eidgenössische Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» fordert die Stärkung der Lebensmittelversorgung aus einheimischer Produktion. Der Bundesrat anerkennt die Bedeutung der Ernährungssicherheit. Er lehnt die Initiative jedoch ab, da die Ernährungssicherheit in der Schweiz sehr hoch sei und die Anliegen der Initiative in der geltenden Verfassung bereits umfassend abgedeckt seien. Der vom Ständerat in der Wintersession 2016 verabschiedete Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» stiess in der Wirtschafts- und Abgabekommission des Nationalrats (WAK-NR) auf breite Zustimmung. Mit 22 zu 2 Stimmen ist die Kommission darauf eingetreten und stimmt dem Bundesrat auch in der Detailberatung mit grosser Mehrheit unverändert zu. Der Abstimmungsempfehlung des Ständerats, dem Gegenentwurf zuzustimmen und die Volksinitiative abzulehnen, schliesst sich die WAK-NR oppositionslos an. Sie verzichtet darauf, zum Gegenentwurf eine Vernehmlassung durchzuführen, da er grosse Ähnlichkeit mit dem Gegenentwurf aufweist, den der Bundesrat bereits im Jahr 2015 in eine Vernehmlassung gegeben hat.

⌚ Der Nationalrat berät die Vorlage am 7. März 2017. Zur Einhaltung der Fristen werden beide Kammern bereits am 14. März die Schlussabstimmung zum direkten Gegenentwurf (Entwurf 2) durchführen.

**Organisation der Bahninfrastruktur (16.075)**

Die Organisation der Bahninfrastruktur in der Schweiz genügt den heutigen Ansprüchen nicht ausreichend, weswegen sie in verschiedenen Bereichen modernisiert werden soll. Neue Regelungen sollen für mehr Transparenz und weniger Diskriminierungspotenzial auf dem Schienennetz sorgen. Die Verkehrs Kommission des Nationalrats ist mit 22 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen auf den Entwurf des Bundesrates eingetreten, stellt ihrem Rat aber mit 14 zu 11 Stimmen den Antrag, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen und in vier Punkten zu überarbeiten:

- die SBB Cargo soll in eine Holding-Struktur ausgelagert werden,
- die Systemführerschaften sollen auch für den Güterverkehr geregelt werden,
- den Kantonen und Verkehrsverbänden sollen Mitwirkungsrechte bei den Systemaufgaben eingeräumt werden, und
- die Passagierrechte sollen aus der Vorlage ausgegliedert werden.

⌚ Der Nationalrat berät die Vorlage am 9. März 2017.

**Bahnreform 2. Entwurf 5:  
Abschreibung (05.028)**

Das Geschäft soll beschrieben werden. Die Verkehrskommission hat das Geschäft bei Redaktionsschluss noch nicht behandelt.

⌚ Der Nationalrat berät die Abschreibung der Vorlage am 9. März 2017.

**Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke. Bundesgesetz (16.031)**

Diese Vorlage sieht für die Besteuerung von Wertzuwachsgegewinnen, die bei der Veräusserung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken erzielt werden, bei der Einkommenssteuer eine Rückkehr zur Praxis vor 2011 vor. Der Nationalrat hatte den Entwurf in der Sondersession 2016 bereits einmal beraten und nahm ihn in der Gesamtabstimmung mit 100 zu 84 Stimmen bei 3 Enthaltungen an. Anders als der Nationalrat folgte der Ständerat seiner Kommission in der Wintersession 2016 und trat mit 27 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen nicht auf die Gesetzesänderung ein. Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Nationalrats (WAK-NR) hat das Geschäft bei Redaktionsschluss noch nicht beraten, es ist am 20. Februar 2017 traktandiert.

⌚ Der Nationalrat berät die Vorlage am 27. Februar 2017.

**Finanzielle Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2018-2021 (16.038)**

Das Parlament hat die finanziellen Mittel für die wichtigsten Aufgabenbereiche der Agrarpolitik in Form von Zahlungsrahmen für höchstens vier Jahre zu bewilligen. Der Bundesrat beantragt für den Zeitraum 2018–21 drei Zahlungsrahmen mit einer Gesamtsumme von CHF 13'278 Millionen. Diese Summe liegt 3,7 Prozent unter derjenigen des geltenden Bundesbeschlusses für die Jahre 2014–2017. Hauptgrund für die Senkung ist das Stabilisierungsprogramm 2017–2019. Der Nationalrat hatte sich in der Herbstsession gegen die Kürzungen ausgesprochen. Der Ständerat hingegen möchte die Bauern nicht ganz von Sparmassnahmen verschonen. Er hat beschlossen, Subventionen von CHF 13,56 Milliarden zur Verfügung zu stellen. Das sind CHF 232 Millionen weniger als der Nationalrat beschlossen hat, aber immer noch 282 Millionen mehr als vom Bundesrat beantragt. Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Nationalrats hat das Geschäft bei Redaktionsschluss noch nicht beraten, es ist am 20. Februar 2017 traktandiert.

⌚ Der Nationalrat berät die Vorlage am 7. März 2017.

**Kt.Iv. BE. Höhere Bundesbeiträge für den Hochwasserschutz (15.319)**

**Standesinitiative**

Die Initiative verlangt eine 10 Prozent höhere Beteiligung des Bundes an Hochwasserschutzmassnahmen, um die Realisierung von anstehenden Projekten und wichtigen Schutzbauten zu gewährleisten. Die Umweltkommission des Ständerats beantragte mit 9 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Standesinitiative aufgrund der aktuellen finanzpolitischen Situation des Bundes keine Folge zu geben. Der Ständerat schloss sich in der Wintersession 2016 dieser Haltung an. Die Umweltkommission des Nationalrats hat das Geschäft bei Redaktionsschluss noch nicht beraten.

⌚ Der Nationalrat berät die Initiative am 16. März 2017.

**Pa.Iv. UREK-SR. Streichung von Vorrängen im grenzüberschreitenden Übertragungsnetz (15.430)**

**Parlamentarische Initiative**

Das Stromversorgungsgesetz soll mit der Bestimmung angepasst werden, dass bei der Zuteilung von Kapazitäten im grenzüberschreitenden Übertragungsnetz Lieferungen aufgrund von internationalen Bezugs- und Lieferverträgen, die vor dem 31. Oktober 2002 abgeschlossen worden sind, Vorrang haben sollen.

Heute führt die nationale Netzgesellschaft Auktionen durch, wenn die Kapazitätsnachfrage im Übertragungsnetz die verfügbare Kapazität überschreitet. Manche Lieferungen haben jedoch Vorrang und sind von den Auktionen ausgenommen. Das betrifft zum einen Verträge, mit welchen die Schweizer Stromwirtschaft die Beteiligung und Bezugsrechte an ausländischen Kraftwerken geregelt hat. Zum anderen profitieren davon Lieferungen an Endverbraucher in der Grundversorgung sowie Lieferungen von Elektrizität aus erneuerbaren Energien. Weil der Vorrang die Netzstabilität gefährden könnte, schlug die Umweltkommission des Ständerats vor, den Vorrang für die zweite Kategorie aufzuheben. Die Lieferungen mit Vorrang überstiegen die verfügbare Kapazität des grenzüberschreitenden Übertragungsnetzes ihrer Meinung nach. Ausserdem seien die Vorränge für die Grundversorgung und für erneuerbare Energien europaweit einzigartig und systemfremd. Der Ständerat hat die Initiative in der Wintersession 2016 einstimmig angenommen. Die Umweltkommission des Nationalrates stimmte der Vorlage mit 22 zu 1 Stimme zu. Eine Mehrheit der Kommission ist aber der Meinung, die Langfristverträge hätten bei der Aufnahme der Vorränge in das Stromversorgungsgesetz bereits eine Übergangslösung dargestellt. Mit 12 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung führte sie eine Bestimmung ein, die die Vorränge spätestens in zehn Jahren nach Inkrafttreten dieser Vorlage aufheben soll. Eine Minderheit folgt den Überlegungen der UREK-SR und will den Vorrang für die Langfristverträge aufrechterhalten.

⌘ Der Nationalrat berät die Initiative am 2. März 2017.

**Mo. Nationalrat (Müri).  
Wiedereröffnung des  
Autobahnanschlusses Em-  
men Nord ([14.3947](#))**

**Motionen**

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, den Autobahnanschluss Emmen Nord wieder zu öffnen. Der Nationalrat hatte die Motion in der Sommersession mit 110 zu 79 Stimmen angenommen. Die Verkehrskommission des Ständerats (KVF-SR) beschloss, den Motionstext zu ändern. Nach ihrem Willen sollte der Autobahnanschluss Emmen Nord wieder geöffnet werden, der Bundesrat solle aber zuerst beauftragt werden, die beste Lösung zu ermitteln. Der Ständerat stimmte der Änderung in der Wintersession zu. Die KVF-NR beantragt ihrem Rat mit 18 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen, die geänderte Motion ebenfalls anzunehmen.

⌘ Der Nationalrat berät die Änderung der Motion am 2. März 2017.

**Mo. Ständerat (Ettlin Erich).  
FABI. Übermässige  
administrative Belastung  
bei Geschäftsfahrzeug-  
inhabern ([15.4259](#))**

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) anzuweisen, die ab 2016 vorgesehene Verwaltungspraxis, welche zu einer zusätzlichen Einkommensbesteuerung Unselbstständigerwerbender mit einem Geschäftsfahrzeug führt, nicht umzusetzen. Der Ständerat nahm die Motion entgegen dem Antrag des Bundesrats und der Empfehlung seiner Verkehrskommission in der Herbstsession mit 19 zu 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen an. Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Nationalrats (WAK-NR) beantragt mit 17 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Motion in einer abgeänderten Fassung anzunehmen. Mit dem neuen Motionstext wird



der Bundesrat beauftragt, auf Verwaltungsstufe die notwendigen gesetzlichen Änderungen vorzuschlagen, damit mit den 9,6 Prozent des Fahrzeugkaufpreises, der bereits für die private Nutzung eines Geschäftsfahrzeuges als Einkommensanteil zu versteuern ist, auch die Nutzung dieses Geschäftsfahrzeuges auf dem Arbeitsweg mitabgegolten ist. In den Augen der Mehrheit würde dieser Vorschlag den betroffenen Unternehmen den administrativen Mehraufwand ersparen, den die Regelung mit sich bringt, welche die Verwaltung aufgrund der im Rahmen der FABI-Vorlage (12.060) beschlossenen Begrenzung des Steuerabzugs für berufsbedingte Fahrkosten auf CHF 3'000 vorsieht. Eine Minderheit beantragt die Ablehnung der Motion, da diese den Grundsatz der Gleichheit vor dem Fiskus infrage stelle.

⌘ Der Nationalrat berät die Änderung der Motion am 27. Februar 2017.

**Mo. Ständerat (UREK-SR).  
Hobbymässige Kleintierhaltung  
im Raumplanungsrecht  
([16.3622](#))**

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, das Raumplanungsrecht so zu ändern, dass die hobbymässige Kleintierhaltung erleichtert wird. Der Ständerat hat die Motion entgegen dem Antrag des Bundesrats in der Herbstsession 2016 einstimmig angenommen. Die Umweltkommission des Nationalrats (UREK-NR) hat einer abgeänderten Version der von der UREK-SR eingereichten Motion mit 15 zu 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt. Die UREK-NR wollte zwei Punkte präzisieren: Zum einen, dass der Umbau von der Kleintierhaltung dienenden Bauten nicht an allfällige Möglichkeiten zur Erweiterung der Wohnbauten angerechnet werden müsse, und dass der Wiederaufbau solcher Bauten zulässig sein soll, wenn diese durch höhere Gewalt, z. B. einen Brand, zerstört wurden. Eine Kommissionsminderheit ist der Ansicht, dass die Motion den Grundsatz der Trennung zwischen Bauzone und Nichtbauzone verletzen würde und es nicht zweckmässig sei, eine weitere Ausnahme von diesem Grundsatz zu schaffen und beantragt die Ablehnung der Motion.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Motion am 2. März 2017.

**Mo. Nationalrat (von Siebenthal). Tiere ab einem  
Alter von 121 Tagen an den  
öffentlichen Schlachtvieh-  
märkten ([14.3542](#))**

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzliche Grundlage so anzupassen, dass Tiere ab einem Alter von 121 Tagen wieder über die öffentlichen Schlachtviehmärkte vermarktet werden können. Dabei sollen die gleichen Bedingungen gelten, wie jetzt bei Tieren ab einem Alter von 161 Tagen. Der Nationalrat hat die Motion im Juni 2016 mit 106 zu 74 Stimmen bei 4 Enthaltungen bereits einmal angenommen – entgegen des Antrags des Bundesrats. Die WAK-SR hat die Motion daraufhin ergänzt (Einstufung der Tiere mit Handelsklasse Jungvieh (JB)) und mit 9 zu 2 Stimmen angenommen. Der Ständerat ist dem Antrag seiner Kommission einstimmig gefolgt. Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Nationalrats (WAK-NR) hat die Motion bei Redaktionsschluss noch nicht beraten, sie ist am 20. Februar 2017 traktandiert.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Motion am 7. März 2017.

**Vorstösse gemäss separaten Listen****UVEK**

- [15.3662](#) Po. Hadorn. Finanzielle Klumpenrisiken bei Atomkraftwerken. Aufsichtsgremium
- [15.3663](#) Mo. Hadorn. Stilllegungs- und Entsorgungsfonds. Absicherung finanzieller Risiken von Atomkraftwerken
- [15.3673](#) Mo. Fluri. Wertschöpfung und Landschaftsschutz im Inland statt 160 Milliarden für Energieimporte
- [15.3705](#) Mo. (Schläfli) Schmidt Roberto. Ökologische Ersatzmassnahmen nicht einseitig auf Landwirtschaftsland abwälzen
- [15.3732](#) Mo. Wobmann. Abschaffung der Energieetikette bei Motorfahrzeugen
- [15.3733](#) Mo. Wobmann. Streichung der VOC-Abgabe
- [15.3749](#) Mo. Hurter Thomas. Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe. Moratorium
- [15.3771](#) Mo. Romano. Besserer Zugang zur Bahn. Mehr Park-und-Rail-Parkplätze in Bahnhofsnähe
- [15.3867](#) Po. Regazzi. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Landsäugetiere, im Speziellen auf Huftiere
- [15.3889](#) Po. (van Singer) Mazzone. Energetische Sanierung von Gebäuden. Welche Massnahmen zur Beschleunigung?
- [15.3962](#) Mo. Guhl. Genehmigungen für die Änderung bestehender Transformatorenstationen und Netzverstärkungen beschleunigen und vereinfachen
- [15.3975](#) Mo. Chevalley. Food Waste. Wirksame Kampagne darf nicht gestoppt werden!
- [15.3997](#) Mo. Müller Leo. Landwirtschaftliche Tierhalter müssen beim Stall wohnen dürfen
- [15.4006](#) Mo. Thorens Goumaz. Förderung des integrierten Wassermanagements im Einzugsgebiet
- [15.4013](#) Po. Reynard. Erdverlegung der Übertragungsleitung Chamoson-Ulrichen
- [15.4035](#) Mo. Leutenegger Oberholzer. Baurecht harmonisieren. Effizienter und kostengünstiger bauen
- [15.4036](#) Po. Glättli. Umfassende Ultraschallmessung aller Atomkraftwerke
- [15.4059](#) Mo. Jans. Finanzierbarkeit des Rückbaus und der Entsorgung radioaktiver Anlagen
- [15.4094](#) Po. Chevalley. Die Schweiz muss danach streben, auf Erdöl zu verzichten
- [15.4101](#) Mo. Schmidt Roberto. Entfernung von Wolfsmischlingen aus dem Wolfsbestand
- [15.4173](#) Mo. Nantermod. Liberalisierung des Fernbusverkehrs in der Schweiz
- [15.4204](#) Mo. Regazzi. Schaffung eines Anreizes zum Unterschreiten der CO<sub>2</sub>-Ziele für Personenwagen ohne Subventionen oder Kosten für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung
- [15.4205](#) Mo. Regazzi. Förderung neuer CO<sub>2</sub>-freundlicher Antriebstechniken für Personenwagen ohne Subventionen
- [15.4210](#) Mo. Jans. Schutz nuklearer Anlagen vor Terroranschlägen
- [16.3010](#) Mo. Jauslin. Mautgebühren am Gotthard und flankierende Massnahmen für die anderen Alpenübergänge im Nationalstrassennetz
- [16.3040](#) Mo. Müller Leo. Einführung einer Tunnelgebühr am Gotthard

Der Nationalrat behandelt die Vorstösse am 2., 9. oder 14. März 2017.

**EDA**

- [15.4040](#) Mo. Kiener Nellen. Atomwaffenfreie Zone in Europa
- [15.4143](#) Mo. Tornare. Umsetzung der UNO-Agenda 2030. Unabhängige Beobachtungsstelle
- [15.4188](#) Mo. Nussbaumer. Umsetzung der UNO-Agenda 2030. Finanzierungsstrategie
- [16.3744](#) Po. Béglé. Ziele der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung. Wie kann die Effizienz der Schweizer Beiträge gemessen werden?
- [16.4155](#) Mo. Barrile. Für ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen und ein aktives Engagement der Schweiz

Der Nationalrat behandelt die Vorstösse am 8. März 2017.

**EDI**

- [15.3296](#) Mo. Chevalley. Festlegung der in Zirkussen zulässigen Tierarten

Der Nationalrat behandelt die Vorstösse am 9. März 2017.

**WBF**

- [15.3228](#) Po. Brand. Bericht über die Entwicklungsperspektiven des Alpenbogens aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen
- [15.3343](#) Po. Graf Maya. Schwieriger Milchmarkt. Jetzt nachhaltige Massnahmen einleiten
- [15.3411](#) Mo. Fraktion G. Sofortige Sistierung der gefährlichen glyphosathaltigen Unkrautvertilgungsmittel
- [15.3423](#) Mo. Fridez. Verbot von Glyphosat in der Schweiz
- [15.3452](#) Po. Fraktion G. Die Gefährlichkeit von Glyphosat und die Bewilligungen für dessen Verwendung überprüfen
- [15.3458](#) Mo. Knecht. Stopp bei den Landschaftsqualitätsprojekten

Der Nationalrat behandelt die Vorstösse am 7. oder 16. März 2017.

**Parlamentarische Initiativen 1. Phase**

- [15.418](#) Pa.IV. Chevalley. Die Verbrennung von Lebensmittelabfällen ist komplett unsinnig! (WBK)
- [15.465](#) Pa.IV. Bäumle. Graustromabgabe zum Schutz der Wasserkraft (UREK)
- [15.493](#) Pa.IV. Jans. Keine Subventionen für Fleischwerbung (WAK)

Der Nationalrat behandelt die Initiativen am 28. Februar, am 1., 6., 8., 9., 13., 14., 15., oder 16. März 2017.

## Ständerat

### **Gentechnikgesetz. Änderung (16.056)**

### **Kt.Iv. BE. Verlängerung des Gentechnomoratoriums (16.303)**

#### **Bundesratsgeschäfte**

Der Bundesrat schlägt vor, das bestehende Moratorium für den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Landwirtschaft um vier Jahre zu verlängern. Daneben beantragt er die Ergänzung der Rechtsgrundlagen bezüglich der Koexistenz zwischen GVO und nicht-GVO sowie die Schaffung von sogenannten GVO-Anbaugebieten, in denen der konzentrierte Anbau von GVO nach Ablauf des Moratoriums möglich sein soll. Der Nationalrat hat die Vorlage in der Wintersession 2016 beraten und mit 98 zu 89 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, das Gentechn-Moratorium um weitere vier Jahre zu verlängern. Er folgt damit dem Bundesrat. Anders als der Bundesrat will der Nationalrat aber mit 142 zu 47 Stimmen bei 2 Enthaltungen keine gesetzliche Grundlage für die Koexistenz schaffen. Die Mehrheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-SR) folgt dem Beschluss des Nationalrats und spricht sich mit 5 zu 5 Stimmen und Stichentscheid der Präsidentin für eine Verlängerung des Moratoriums um weitere vier Jahre bis 2021 aus. Dies, da die Kommission der Ansicht ist, dass die Risiken der Gentechnik im Landwirtschaftsbereich für Mensch und Umwelt momentan noch zu wenig klar sind und sie die Entwicklung weiterer Technologien abwarten möchte. Eine Minderheit ist der Ansicht, dass in diesem Zeitraum keine grundlegend neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu erwarten sind, und verlangt deshalb eine Verlängerung um 8 Jahre, also bis Ende 2025. Die Mehrheit der Kommission lehnt den Vorschlag der Koexistenz, wie bereits der Nationalrat zuvor, mit 7 zu 3 Stimmen ab. Nach Ansicht der Mehrheit sind noch zu viele Fragen bezüglich möglicher Gefahren offen. Eine Minderheit ist der Meinung, dass die Risiken für eine Freisetzung von GVO vertretbar sind und verlangt deshalb die Einführung der Koexistenzartikel. Die WBK-SR unterstützt aber einstimmig einen vom Bundesrat vorgeschlagenen Artikel, der den Aufbau und Betrieb eines Monitoringsystems regelt. Mit 10 zu 0 Stimmen und 1 Enthaltung möchte sie auch die von der Regierung vorgeschlagenen Verwaltungsmassnahmen bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz einführen. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 9 zu 1 Stimmen angenommen.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommission auch die Standesinitiative des Kantons Bern vorgeprüft und Vertreter des Kantons angehört. Die Initiative fordert eine Verlängerung des Gentechnomoratoriums bis Ende 2021. Ein Beschluss zur Initiative wurde vertagt.

⌚ Der Ständerat behandelt die Vorlagen am 1. März 2017.

### **Luffahrtgesetz. Teilrevision 1+ (16.062)**

Bei der Teilrevision des Luffahrtgesetzes handelt es sich um die zweite von mehreren geplanten Teilrevisionen. Die grösstenteils technische Vorlage beinhaltet Verbesserungen bei der Sicherheit, neue Instrumente zur Abwehr terroristischer Anschläge gegen die Zivilluffahrt, effizientere Bewilligungsverfahren und Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Skyguide mit anderen

Anbietern. Der Nationalrat hat als Erstrat die Teilrevision 1 Plus des Luftfahrtgesetzes ohne Gegenstimmen gutgeheissen. Umweltrelevant sind folgende Punkte: Bei Artikel 36e will der Nationalrat die Besitzstandsgarantie der Landesflughäfen Zürich und Genf stärken, namentlich wenn deren Anlagen mit dem Moorschutz in Konflikt geraten. Eine Minderheit Hardegger wurde mit 118 zu 56 Stimmen abgelehnt. Bei Artikel 37a des Bundesgesetzes über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und der Nationalstrassenabgabe folgte der Nationalrat dem Bundesrat, der eine Flexibilisierung vorschlägt. Die Verkehrskommission des Ständerats hat die Vorlage bei Redaktionsschluss noch nicht beraten, es ist am 20. Februar 2017 traktandiert.

⌘ Der Ständerat behandelt die Vorlage am 15. März 2017.

**Regionaler Personenverkehr 2018-2021. Verpflichtungskredit. Entwürfe 1, 2 (16.080)**

Mit einer Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBG) soll der Zahlungsrahmen als Instrument der Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) durch den Verpflichtungskredit ersetzt werden. Für die Abgeltung von Leistungen des RPV in den Jahren 2018-2021 soll durch einen Bundesbeschluss ein Verpflichtungskredit von CHF 3'96 Millionen bewilligt werden. Die Verkehrskommission des Ständerates (KVF-SR) hat Vertreter der Kantone und der Bahnunternehmen zur Vorlage angehört. Alle Akteure unterstützen die Vorschläge des Bundesrates im Grundsatz. Uneinigkeit bestand über die Höhe des Bundesbeitrages. Einen Antrag auf Kürzung hat die KVF-SR mit 12 zu 1 Stimmen abgelehnt. Mit 7 zu 5 Stimmen unterstützt sie dagegen einen Antrag der Kantone und der Bahnunternehmen, den Verpflichtungskredit um CHF 144 Millionen zu erhöhen. Nach Meinung der Mehrheit soll der Mehrwert der Ausbauten in den Infrastrukturen nun auch mit einem attraktiveren Angebot im Betrieb nutzbar gemacht werden. Die Mehrheit beantragt eine Erhöhung des Verpflichtungskredites auf insgesamt CHF 4'104 Millionen. Die Minderheit der Kommission lehnt eine zusätzliche Erhöhung des Kredites ab. Die Finanzkommission befürwortet die Annahme der Vorlage in einem Mitbericht.

⌘ Der Ständerat behandelt die Vorlage am 8. März 2017.

**Grenzüberschreitende Luftverunreinigung. Übereinkommen betreffend Schwermetalle. Änderung (16.072)**

Das Protokoll von 1998 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle wurde 2012 an den Stand der Technik angepasst. Die Schweiz verpflichtet sich mit dem geänderten Protokoll, ihre Schwermetall-Emissionen – insbesondere von Blei, Cadmium und Quecksilber – weiter zu verringern. Die Umweltkommission des Ständerats hat die Änderungen einstimmig angenommen.

⌘ Der Ständerat behandelt die Vorlage am 15. März 2017 als Erstrat.

**Kt.IV. TG. Änderung des Jagdgesetzes zur Entschädigung für Schäden, welche Biber an Infrastrukturen anrichten (15.300)**

**Standesinitiativen**

Der Bund wird mit der Standesinitiative aufgefordert, das Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG) so anzupassen, dass die Behebung von Schäden durch Biber an Infrastrukturen wie Strassen, Kanalböschungen, Entwässerungen und Verbauungen von Bund und Kanton finanziert wird. Der Ständerat hatte der Initiative vor einem Jahr

**Kt.Iv. Tl. Für ein engmaschiges und vollständiges Nationalstrassennetz**  
([16.305](#))

bereits mit 20 zu 17 Stimmen keine Folge gegeben. Der Nationalrat hat sie in der Herbstsession auf Antrag seiner Kommission oppositionslos angenommen. Die Mehrheit der UREK-SR schliesst sich nach der zweiten Lesung mit 6 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung dem Nationalrat an. Nun wird der Ständerat erneut entscheiden. Bleibt er beim Nein, ist die Standesinitiative abgelehnt.

⌘ Der Ständerat behandelt die Initiative am 15. März 2017.

Der Kanton Tessin beantragt mit der Initiative zusätzliche 400 Kilometer Kantonsstrassen in den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Verbindung zwischen der A2 und der A13 zu den Strecken gehört, die bei der Finanzierung via NAF Priorität haben. Die Verkehrskommission des Ständerats beschloss mit 6 zu 4 Stimmen, der Standesinitiative des Kantons Tessin keine Folge zu geben. Die Kommission ist der Ansicht, dass die Anliegen bereits durch den NAF erfüllt werden.

⌘ Der Ständerat behandelt die Initiative am 15. März 2017.

**Mo. Rieder. Quecksilber-Schwellenwert. Gegen unnötige Bürokratie und Wertverminderung**  
([16.4088](#))

**Motionen**

Der Bundesrat wird beauftragt, den Schwellenwert für die Eintragung von Quecksilber belasteten Parzellen in das Kataster belasteter Parzellen von 0,5 auf 2 Milligramm Quecksilber pro Kilogramm Erde anzuheben. Die Kommission hat die Motion bei Redaktionsschluss noch nicht beraten.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion als Erstrat am 15. März 2017.

**Mo. Nationalrat (Müller Leo). Verzicht auf unverhältnismässige Auflagen im Hinblick auf die Umsetzung der Energiestrategie 2050** ([14.3976](#))

Der Bundesrat soll beim Erlass von gesetzlichen Bestimmungen im Energie- und Umweltschutzbereich nicht höhere Anforderungen an die Nutzung von Alternativenenergien stellen und die Kantone auffordern, dies auch nicht zu tun. Der Nationalrat hat die Motion in der Sommersession 2016 mit 118 zu 68 Stimmen bei 3 Enthaltungen entgegen dem Antrag des Bundesrats angenommen. Die UREK-SR empfiehlt die Motion mit 8 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen zur Annahme.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 8. März 2017.

**Mo. Nationalrat (Rime). Rohholztransporte. Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichts von 40 auf 44 Tonnen** ([15.3081](#))

Der Bundesrat wird gebeten, wegen der jüngsten Frankenaufwertung für Rohholztransporte ein Gesamtgewicht von 40 auf 44 Tonnen zu erlauben. Der Nationalrat hat die Motion entgegen dem Antrag des Bundesrats in der Herbstsession 2016 mit 108 zu 83 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Die Verkehrskommission des Ständerats beantragt ihrem Rat mit 9 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung die Motion abzulehnen.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 15. März 2017.

**Mo. Nationalrat (Regazzi). Reduzierung von Staus in den Morgenstunden**  
([15.3185](#))

Der Bundesrat wird beauftragt, das Strassenverkehrsgesetz dahingehend zu ändern, dass das Nachtfahrverbot für die Zeit ab 22 bis 4 Uhr gilt. Der Nationalrat hat die Motion in der Herbstsession 2016 mit 98 zu 93 Stimmen bei 3 Enthaltungen entgegen dem Antrag des Bundesrats angenommen. Die Ver-

**Mo. Nationalrat ((Böhni Bäumle). Synthetische, CO<sub>2</sub>-neutrale Treibstoffe. Anrechnung bei der CO<sub>2</sub>-Flottenemissionsregelung ([14.3837](#))**

kehrskommission des Ständerats empfiehlt die Motion einstimmig zur Ablehnung, da eine Verkürzung des Nachfahrverbots um eine Stunde nicht zur Verringerung der morgendlichen Staus beitrage.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 15. März 2017.

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, so dass Betreiber, Importeure und Hersteller von Fahrzeugen, welche mit CO<sub>2</sub>-neutralen, synthetischen und in der Schweiz hergestellten Treibstoffen betankt werden, reduzierte CO<sub>2</sub>-Emissionswerte im Rahmen der Flottenemissionsregelung angerechnet erhalten. Der Nationalrat hat die Motion in der Sommersession 2016 entgegen dem Antrag des Bundesrats mit 162 zu 22 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die Umweltkommission des Ständerats hat der Motion einstimmig zugestimmt.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 8. März 2017.

**Mo. Nationalrat (Fraktion RL). Bürokratieabbau. Emissionshandelssystem nur noch auf freiwilliger Basis ([15.3544](#))**

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, das Emissionshandelssystem (EHS), zu welchem aktuell rund 50 Unternehmen zur Teilnahme verpflichtet sind, als freiwillige Option zurückzustufen sowie die Verpflichtung zur Teilnahme am EHS des CO<sub>2</sub>-Gesetzes zu streichen. Der Nationalrat hat die Motion in der Herbstsession 2016 mit 103 zu 88 Stimmen bei 3 Enthaltungen entgegen dem Antrag des Bundesrats angenommen. Die Umweltkommission des Ständerats hat die Motion bei Redaktionsschluss noch nicht beraten.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 15. März 2017.

**Mo. Nationalrat (Fraktion RL). Bürokratieabbau. Allen Unternehmen die Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe ermöglichen ([15.3545](#))**

Der Bundesrat wird durch die Motion beauftragt, allen Unternehmen aus Wirtschaftszweigen, die durch die CO<sub>2</sub>-Abgabe belastet werden, eine Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe zu ermöglichen. Die Einschränkungen der befreiungsberechtigten Unternehmen sowie die Definition von Tätigkeiten und die 100 Tonnen Mindestemission sind aufzuheben. Der Nationalrat hat die Motion in der Herbstsession entgegen dem Antrag des Bundesrats mit 97 zu 96 Stimmen (Stichentscheid) bei 2 Enthaltungen angenommen. Die Umweltkommission des Ständerats hat die Motion bei Redaktionsschluss noch nicht beraten.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 15. März 2017.

**Mo. Rieder. Umwandlung strukturierter Beherbergungsbetriebe. Keine halben Sachen! ([16.3458](#))**

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, die Verordnung zum Zweitwohnungsgesetz so abzuändern, dass zukünftig eine Umnutzung von bis zu 100 Prozent der Hauptnutzfläche strukturierter Beherbergungsbetriebe zu Wohnungen ohne Nutzungsbeschränkung möglich ist. Die Umweltkommission des Ständerats beschloss entgegen der Haltung des Bundesrats mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Annahme der Motion, da die Initiative und das Zweitwohnungsgesetz ihrer Meinung nach zwar die erwünschte Wirkung erzielt haben, das Problem der nicht wirtschaftlichen Hotelbetriebe jedoch durch eine Teilumwandlung nicht gelöst werden könne.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 8. März 2017.



**Mo. Nationalrat (Bourgeois). Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung «ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt» (15.4114)**

Der Bundesrat wird beauftragt, das geltende Recht anzupassen, damit ohne Gentechnik hergestellte Lebensmittel in der Schweiz auf ähnliche Weise gekennzeichnet und damit in Wert gesetzt werden können wie in den Nachbarländern. Die Motion wurde im Nationalrat in der Frühjahrsession 2016 auf Antrag des Bundesrats oppositionslos angenommen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-SR) hat die Motion bei Redaktionsschluss noch nicht beraten, sie ist am 21. Februar 2017 traktandiert.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 14. März 2017.

**Mo. Nationalrat (WAK-NR). Anreize für umfassende energetische Sanierungen bei Privatliegenschaften (2) (09.3354)**

Werterhaltende sowie der Energieeffizienz und dem Umweltschutz dienende Investitionen gemäss der Verordnung über den Abzug der Kosten von Liegenschaften des Privatvermögens bei der direkten Bundessteuer sollen neu verteilt über mehrere Jahre und nicht nur im Jahre der Investition möglich sein. Der Nationalrat hat die Motion in der Sommersession 2009 angenommen.

**Mo. Nationalrat (Fraktion RL). Eigentum stärken, Energie sparen, Eigenmietwert senken (09.3142)**

Der Bundesrat soll eine Änderung der Eigenmietwertbesteuerung ausarbeiten. Demnach wird, wer wertvermehrende energetische Sanierungen an seinem Grundeigentum tätigt, während einer angemessenen Zeitdauer teilweise von der Eigenmietwertbesteuerung befreit. Der Nationalrat hat die Motion in der Frühjahrsession 2011 angenommen.

**Kt.IV. GR. Förderung der Energiesanierung (09.304)**

Die Bundesversammlung wird eingeladen, die Rechtsgrundlagen (Steuerharmonisierungsgesetz, Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer) dahingehend zu ändern, dass durch fiskalische Anreize die energetische Sanierung älterer Bauten gefördert wird.

**Kt.IV. AG. Förderung der energetischen Sanierung älterer Bauten durch die Schaffung fiskalischer Anreize (08.331)**

Die Bundesversammlung wird eingeladen, zur Förderung der energetischen Sanierung älterer Bauten das Steuerharmonisierungsgesetz dahingehend zu ändern, dass über die volle Abzugsfähigkeit von energiesparenden Massnahmen weitere fiskalische Anreize geschaffen werden.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats (WAK-SR) lehnt die beiden Initiativen sowie die zwei Motionen einstimmig ab, weil die Anliegen schon durch die Energiestrategie 2050 (13.074) umgesetzt wurden.

⌘ Der Ständerat behandelt die Initiativen und Motionen am 28. Februar 2017.

**Po. Hegglin Peter. Kostendeckende und verursachergerechte Finanzierung der Sammelstellen (16.3994)**

**Postulat**

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie die Finanzierung der Sammlung und umweltgerechten Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten nachhaltig sichergestellt werden kann und welche Rechtsgrundlagen dazu gegebenenfalls anzupassen sind.

⌘ Der Ständerat behandelt das Postulat am 15. März 2017.



## Verbände und NGOs

### **VCS: Agglomerationsprogramme sind grosszügig auszugestalten**

**Ein Achtungserfolg: über 35 Prozent Nein zum NAF**

Der VCS Verkehrs-Club der Schweiz bedauert das Ja zum Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) vom 12. Februar 2017. Das Volk habe das Fonds-Prinzip für die Finanzierung der Nationalstrassen sowie die sinnvollen Agglomerationsprogramme höher gewichtet als den Griff von CHF 650 Millionen jährlich in die Bundekasse. Das Abstimmungsresultat zeige aber deutlich, dass die Bevölkerung die erfolgreichen Agglomerationsprogramme weiterführen wolle. Dort finde drei Viertel des Verkehrs in der Schweiz statt und die Probleme seien dort am grössten. Darum sei es jetzt zentral, dass Bund und Parlament dieses Versprechen nun auch wirklich einlösen.

☞ Caroline Beglinger, VCS, Co-Geschäftsleiterin, M 079 310 11 86

### **SES: Unbefriedigende KELS-Vorlage vom Tisch**

Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) begrüsst den Entscheid der nationalen Energiekommission vom 31. Januar 2017 (S. 12), das geplante Lenkungssystem (KELS) zu beerdigen. Die SES hatte die KELS bereits in der Vernehmlassung kritisiert. Sie sei gut gemeint, aber nicht zielführend. Folge das Parlament der Empfehlung der Energiekommission, so werde der Weg geebnet für einen differenzierteren und zielführenden Massnahmenmix zur Fortsetzung der Energiewende.

☞ Jürg Buri, SES, Geschäftsleiter, T 044 275 21 21

### **Alpen-Initiative: Keine Spielchen mit dem Nachtfahrverbot**

Zwischen 22 Uhr und 5 Uhr dürfen in der Schweiz keine Lastwagen fahren. Ausnahmen sind nach der Alpen-Initiative an der Tagesordnung. Die Strassen-transport-Lobby versuche nun, das Verbot mit einem politischen Vorstoss aufzuweichen. Die Alpen-Initiative begrüsst den Entscheid der Ständeratskommission vom 31. Januar 2017, das Nachtfahrverbot für Lastwagen nicht aufzuweichen (S. 21f). Das Verbot sei ein wichtiges Element zum Schutz der Bevölkerung und zur angestrebten Verlagerung der Gütertransports auf die Schiene. Zudem würden die Investitionen in die Eisenbahn-Alpentransversalen entwertet. Mit einem zweiten Vorstoss wird versucht, die 40-Tonnen-Limite für Holztransporte auf 44 Tonnen anzuheben. Damit würde ein Präzedenzfall geschaffen. Deshalb ist die Alpen-Initiative erfreut, dass die Ständeratskommission diesen Vorstoss ebenfalls ablehnt.

☞ Jon Pult, Alpen-Initiative, Präsident, M 076 508 16 33

### **VCS: Velo-Initiative: Abschluss der Vernehmlassung zum direkten Gegenentwurf**

**Der Bundesrat will nur ein bisschen mehr Velo**

Die Velo-Initiative will das Velofahren im ganzen Land stärken. Der Bundesrat hat am 25. Januar 2017 die Vernehmlassungsantworten zum direkten Gegenentwurf zur Velo-Initiative diskutiert (S. 10). Die Landesregierung sieht sich durch die vielen positiven Stellungnahmen in ihrer Absicht bestätigt, das Velo zu fördern. Der Bundesrat anerkenne den grossen Nutzen des Velos: Als kosteneffizientes Fahrzeug leistet es viel für die Umwelt und für die Gesundheit. Das Velo hat zudem das Potenzial, Verkehrsspitzen zu brechen, Strassen und

ÖV zu entlasten und damit günstig zur Behebung von Mobilitätsengpässen beizutragen. Die Initiantinnen begrüssen, dass der Bundesrat den Auftrag zur Ausarbeitung einer Botschaft gegeben hat. Sie fordern, dass in der Botschaft der Initiativtext nicht unnötig abgeschwächt werde.

☞ Jean-François Steiert, Präsident des Trägervereins, M 079 204 13 30

**WWF: JA zur Energiestrategie heisst: Geld bleibt hier**

Im Mai wird das Schweizer Volk über die Energiestrategie 2050 abstimmen. Sie ist gemäss dem WWF Schweiz ein gelungenes Gesetzeswerk und unterstütze die laufende Energiewende. Mit der Energiestrategie 2050 nutze die Schweiz heimische, erneuerbare Energie. Es sollen keine Milliarden mehr ausgegeben werden für Energie-Importe wie Erdöl und Uran. Mit der Energiestrategie bleibe dieses Geld in der Schweiz und werde hier in erneuerbare Energie investiert. Damit gewinne das Gewerbe, es würden Arbeitsplätze geschaffen und die Abhängigkeit vom Ausland sinke. Deshalb stehe auch eine breite Koalition aus Bundesrat, Parlament, Parteien und Schweizer Organisationen aus den Bereichen Heimat-, Natur- und Umweltschutz hinter der Strategie.

☞ Thomas Vellacott, WWF Schweiz, CEO, M 079 291 95 72

**Greenpeace: Studie zu Neonicotinoid-Pestiziden: Risiko für Wildbienen und andere Tiere grösser als angenommen**

Pestizide aus der Gruppe der Neonicotinoide bedrohen nicht nur Bienen, sondern auch andere Lebewesen ernsthaft. Das geht aus einer im Januar 2017 von Greenpeace veröffentlichten Studie hervor. Wissenschaftler der University of Sussex haben dafür Ergebnisse von hunderten wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten Jahre überprüft. Ihr Fazit: Neonicotinoide sind in der Umwelt allgegenwärtig und kontaminieren Gewässer, Böden und Vegetation. Darüber hinaus sehen die Autoren einen Zusammenhang zwischen dem Einsatz dieser Wirkstoffe und der Tatsache, dass viele Schmetterlinge, Vögel und Wasserinsekten immer seltener werden. Greenpeace fordert daher ein Totalverbot der gefährlichen Pestizide.

☞ Philippe Schenkel, Greenpeace, Landwirtschaftsexperte,  
T 044 447 41 11

**BirdLife: Bilanz 2016: Der Natur geht es in der Schweiz besonders schlecht**

Die Rückschau auf das Jahr 2016 fällt aus Sicht von BirdLife Schweiz in Sachen Biodiversität ernüchternd aus: Bei fast allen Tier- und Pflanzengruppen, über die eine Rote Liste geführt wird, habe die Schweiz im Vergleich zu den Nachbarländern besonders hohe Gefährdungswerte. Trotzdem liege der Aktionsplan Biodiversität, den der Bundesrat vor bald fünf Jahren in Auftrag gegeben hat, noch immer nicht vor. Das Brisante daran sei, dass in der Politik noch immer die Meinung vorherrsche, die Schweiz sei im Naturschutz vorbildlich. Gleichzeitig erachten gemäss dem Bundesamt für Statistik 80 Prozent der Bevölkerung den Verlust der Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten als sehr oder eher gefährlich für Mensch und Umwelt.

☞ Werner Müller, BirdLife Schweiz, Geschäftsführer, M 079 448 80 36

## Impressum

### Kontakt

© Ecopolitics GmbH, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8  
 Telefon 031 313 34 34, Fax 031 313 34 35  
[politfocus@ecopolitics.ch](mailto:politfocus@ecopolitics.ch), [www.ecopolitics.ch](http://www.ecopolitics.ch)  
 Redaktion: Rahel Loretan (Leitung), [loretan@ecopolitics.ch](mailto:loretan@ecopolitics.ch);  
 Rebekka Gammenthaler, [gammenthaler@ecopolitics.ch](mailto:gammenthaler@ecopolitics.ch)  
 Redaktionsschluss: 12. Februar 2017  
 Gedruckt auf Papier mit mindestens 50% FSC-Anteil

### Themen

Ecopolitics publiziert zu folgenden Politthemen die Zeitschrift politfocus als Print- und/oder PDF-Version:

politfocus agrarpolitik	ISSN 1661-4771
politfocus bildungspolitik	ISSN 1661-4801
politfocus gesundheitspolitik	ISSN 1661-481X
politfocus sozialpolitik	ISSN 1661-5549
politfocus umweltpolitik	ISSN 1661-4836
politfocus politique environnementale	ISSN 1661-5557
politfocus wirtschaftspolitik	ISSN 1661-5530

### Abonnemente

Ein Jahresabonnement können Sie bequem auf unserer Webseite bestellen. Unter [www.politfocus.ch](http://www.politfocus.ch) finden Sie auch die aktuellen Preise sowie die geltenden Konditionen.

### Erscheinungstermine

Die nächste Nummer erscheint als Rückschau auf die Frühjahrsession der Eidgenössischen Räte am 29. März 2017.

### Infoprodukte von Ecopolitics

*politfocus*: Übersicht zu den wichtigsten politischen Geschäften im jeweiligen Themenbereich – achtmal jährlich vor und nach den Sessionen der Eidgenössischen Räte.

*politmonitoring*: Regelmässige Berichterstattung zu den Sie interessierenden Geschäften bis zu ihrem Abschluss.

*politagenda*: Wöchentliche Übersicht zu Terminen von Parlament, Kommissionen, Vernehmlassungen und Medien in Ihrem Themengebiet.

### Ecopolitics

Ecopolitics ist Partnerin von Institutionen, die sich professionell in die Politik einbringen wollen. Wir informieren über Politik, erarbeiten Analysen und Strategien und helfen ihnen, ihre Anliegen wirkungsvoll in die Politik einzubringen. Wir führen Geschäftsstellen von Organisationen und geben unser Wissen in Kursen weiter.

[www.ecopolitics.ch](http://www.ecopolitics.ch)